

Herrn Botschafter
Rüdiger von Fritsch
Deutsche Botschaft in Moskau
c/o Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Z. K. Herrn Bundesminister
Heiko Maas
Auswärtiges Amt Berlin

z. K. Herrn Russland- Beauftragten
Dirk Wiese, MdB
Auswärtiges Amt, Berlin

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
in der Russischen Föderation
Mosfilmowskaja 56, 119285 Moskau
Russland

21. 4. 2018

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg e.V. (WOG) auf Veranlassung der Deutschen Botschaft in Moskau

Sehr geehrter Herr Botschafter von Fritsch,

nach unserer Reise 2016 zu baden-württembergischen Städtepartnern auf der Krim (Jalta, Simferopol, Jevpatorija) fand im Juli 2017 in unserem Büro der West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg e.V. (WOG), zugleich ein Privatraum des Vorsitzenden, eine

polizeiliche Hausdurchsuchung wegen des vermeintlichen Verstoßes gegen das Aussenwirtschaftsgesetz in Verbindung mit dem EU- Verbot zur Erbringung touristischer Dienstleistungen auf der Krim statt.

Die Maßnahmen erfolgten, obgleich der Russlandbeauftragte der Bundesregierung, damals noch Herr Dr. hc. Gernot Erler, MdB, nach Mitteilung von dessen Büro auch in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, im Vorfeld der Reise mitteilte, dass gegen die Durchführung nichtkommerzieller Reisen ohne Gewinnerzielungsabsicht im Rahmen von völkerverbindenden Begegnungen und von Städtepartnerschaften keine Bedenken bestünden.

Dieses Bekenntnis der Bundesregierung zu Begegnungen, auch mit der Krim, wurde später in Beantwortung parlamentarischer Anfragen wiederholt bekräftigt und entspricht wohl auch Ihrem gelegentlich geäußerten Credo.

Die vom BMWi angestoßenen Ermittlungen gegen den gesamten WOG- Vorstand (u. a. Unterzeichner dieses Schreibens) wurden seitens der Staatsanwaltschaft Karlsruhe Ende 2017 "wegen Unschuld", wenngleich erst nach Monaten, erfreulicherweise dann auch wieder eingestellt.

Bisher gingen wir jedoch arglos davon aus, dass irgendwelche ukrainischen Dienststellen hinter der Denunziation und der Anzeige stecken. Dies hätte auch nicht sonderlich verwundert, zumal wir wissen, dass von dort Städtepartnerschaften mit allen Mitteln, die schon die Grenzen zum Absurden überschreiten, dabei zugleich mit Bedrohungen und Kriminalisierung verbunden werden, hintertrieben werden sollen.

Umso überraschter und schlicht schockierender war es aber für uns jetzt zu erfahren, dass nicht die Ukraine, sondern "unsere" deutsche Botschaft in Moskau in Ihrem Verantwortungsbereich den Stein ins Rollen brachte.

Nebenbei: Weshalb fühlen Sie sich hierfür in Moskau überhaupt zuständig, wenn es sich nach leider unveränderter Auffassung der Bundesregierung bei der russischen Krim doch völkerrechtlich um „ukrainisches Gebiet“ handeln soll?

In absolut flapsiger Form, "wir haben **mal wieder** was für Euch", wurde dennoch von Ihnen aus Moskau ein auf unserer Homepage www.russlandbruecke.de veröffentlichter Reisebericht, nebst Hinweis auf weitere Reisen, ans Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin übermittelt und angezeigt. Diese Formulierung zeigt noch einmal, dass Sie sich zu "Ermittlungen" bezüglich der Krim also offensichtlich doch berufen fühlen.

Weshalb und mit welchem Auftrag durch wen?

Dies geschah dessen ungeachtet Ihrerseits in voller Kenntnis der Tatsache, dass im BMWi keine rechtliche Prüfung eines Sachverhalts vorgenommen werden kann, sondern unmittelbar die sofortige Weiterleitung an die zuständige Staatsanwaltschaft erfolgt.

Daher hätten wir zuvor von Ihnen innerhalb der Botschaft eine angemessene Prüfung erwartet. Die ehrenamtlich arbeitenden West-Ost-Gesellschaften im Rahmen des Bundesverbands der Deutschen West-Ost-Gesellschaften (BDWO) sind Ihnen bekannt.

Spätestens hier hätte in der Botschaft eine "Warnlampe" angehen müssen, es sei denn, Ihnen wäre, wie dem ukrainischen Regime, generell an der Verhinderung von Kontakten zu Menschen auf der Krim gelegen.

Ist dies so?

Müssen also alle gemeinnützigen Partnerschaftsvereine und möglicherweise involvierte Mitarbeiter in den deutschen Partnerstädten auch künftig mit Ihrer Denunziation rechnen?

Dann sagen Sie es bitte so in aller Klarheit, damit weitere Reisen zu unseren Partnern ab sofort mit entsprechender anwaltlicher Hilfe vorbereitet werden können. Es müssten dann natürlich auch nicht nur gemeinnützige Vereine sondern auch unsere deutschen Unternehmen vor der deutschen Botschaft in Moskau gewarnt werden.

Die unglaubliche Erkenntnis, dass das Verfahren von Ihnen gegen unseren Verein mit engagierten steuerzahlenden Bürgern als Mitglieder eingeleitet wurde, die sich auch mit persönlichen Opfern ehrenamtlich seit Jahrzehnten und mit großem Engagement um gute Beziehungen zu Osteuropa und Russland kümmern, hat hier wie eine Bombe eingeschlagen. Wir lassen das auch medial nicht auf sich beruhen.

Sollten Sie weiterhin für sich eine Zuständigkeit sehen und/ oder es sich lediglich um eine Panne im Übereifer handeln sollte, erbitten wir Ihre entsprechende Entschuldigung und Ihren klaren Hinweis, auch an Ihre Mitarbeiter, dass bei künftigen Begegnungen vor der Einleitung polizeilicher Maßnahmen via BMWi von Ihrer Seite in solchen Fällen abgesehen wird und diese Aktivitäten Ihrerseits auch politisch / diplomatisch "gedeckt" sind.

Insofern überlassen wir dieses Schreiben auch dem AA in Berlin.

Dessen ungeachtet sind uns durch Sie und die völlig inakzeptable Handlungsweise der Botschaft (Anwalts-)Kosten in Höhe von 900.-- Euro entstanden. Dies entspricht 25 Jahresbeiträgen unserer Mitglieder oder dem Betrag, mit dem wir als rein ehrenamtlich arbeitender und von Spenden abhängiger Verein in Rahmen unserer humanitären Arbeit für drei kranke Kinder aus Belarus einen dreiwöchigen Erholungsaufenthalt finanzieren könnten.

Evtl. könnten auch solche Zahlen in Ihrem Haus, gewisse (Nach-)Denkprozesse einleiten.

Dass dessen ungeachtet das Auswärtige Amt vor Reisen auf die Krim warnt, weil dort kein "konsularischer Schutz" gewährleistet sei, erscheint hinzukommend wie Hohn oder schlechtes Kabarett. Schutz benötigen deutsche Staatsbürger wie ausgeführt heutzutage ganz offensichtlich vor den Handlungsweisen deutscher Botschaften, speziell derer in Moskau.

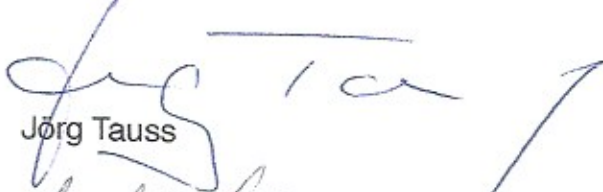
Denn wenn man zusätzlich weiß, und Sie wissen es, dass Krim - Reisende auf der berüchtigten ukrainischen Mirotworez - Liste geführt werden, von der bereits Menschen Ihres Hauses ist.

Denn aufgrund Ihrer Vorgehensweise und der anschließenden Presseberichterstattungen landeten auch Mitglieder unseres Vereins namentlich auf dieser Liste. Sofern dies neudeutsch unter "konsularischem Schutz" verstanden wird, verzichten wir darauf auch künftig gerne.

Mit Interesse sehen wir also Ihrer Stellungnahme zu den angeschnittenen Punkten und der von Ihnen erbetenen Entschuldigung entgegen.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir bei Bedarf, auch zur Information über unsere künftigen Vorhaben, selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Tauss



Joachim Claus



Rosl Gebhardt

Michael Hoffmann



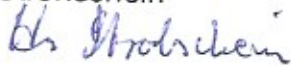
Martin Plankenhorn

Weitere Unterzeichner:

Fritz Bauer



Horst Strohschein



West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg e.V. (WOG)

Jörg Tauss, (Vorsitzender), Joachim Claus, Michael Hoffmann, Martin Plankenhorn (Stellvertreter)

Horst Strohschein (Schriftführer) Rosl Gebhardt (Schatzmeisterin)

Sitz Waiblingen. Postanschrift des Vorstands: Hauptstr, 34, 76703 Kraichtal Phone +49(0)174 1711 590

wog@tauss.de / www.wog-bawue.de

Kto. 566 666 006, Südwestbank Waiblingen, BLZ 600 907 00 IBAN DE82 6009 0700 0566 6660 06
Finanzamt Bruchsal St.Nr. 30073/50372